

An den Oberbürgermeister  
der Landeshauptstadt München  
Herrn Dieter Reiter

Rathaus, Marienplatz 8  
80331 München

München, 02. Feb. 2017

## Antrag

### **Die Situation jugendlicher Geflüchteter stabilisieren II: Juristische Beratung zum Asylrecht an beruflichen Schulen ermöglichen**

Um einen geordneten pädagogischen Betrieb an den Berufsschulen mit vielen Geflüchteten und/oder mit Übergangsklassen zu gewährleisten, finanziert die Landeshauptstadt eine qualifizierte und unabhängige juristische Beratung insbesondere an Berufsschulen in Fragen des Asylrechts.

#### **Begründung:**

Zunehmend werden die Lehrkräfte an Schulen mit Übergangsklassen oder vielen Asylbewerberinnen und Asylbewerbern in ihrer pädagogischen Arbeit durch die Angst der Schülerinnen und Schüler vor Abschiebung behindert. Schon die Ankündigung und erst recht die ohne Ankündigung durchgeführten Anhörungen und die weiteren Verfahrensschritte bringen unsere Lehrkräfte in Situationen, auf die sie nicht vorbereitet sein können. Sie werden mit juristischen und bürokratischen Fragen konfrontiert, die sie naturgemäß nur sehr bruchstückhaft beantworten können. Sie wenden sich daher häufig zur Beratung z.B. an den Münchner Flüchtlingsrat, der jedoch auf diesen Ansturm nicht vorbereitet ist.

Die Landeshauptstadt unterstützt diese bewährte und geschätzte Arbeit bei der Beratung von Geflüchteten mit einem angemessenen Zuschuss. Damit kann die direkte Beratung vor Ort professionalisiert werden, die Ratsuchenden müssen seltener an im Asylrecht erfahrene Rechtsanwälte weitergeleitet werden.

**Cetin Oraner (DIE LINKE), Brigitte Wolf (DIE LINKE)**